

HBM

Es gilt das gesprochene Wort

Symposium

„10 Jahre österreichische Mitgliedschaft in der NATO/ PfP“

14. März 2005

Parlament

ENTWURF 05

Anrede gemäß Protokoll.....

Wir gedenken in diesem Jahr einiger herausragender Ereignisse in der Geschichte der 2. Republik.

Bemerkenswerterweise haben nahezu alle diese Jubiläen mit dem Thema „Sicherheit“ zu tun. Ich erwähne nur das Kriegsende 1945, die Unterzeichnung des Staatsvertrages und des Neutralitätsgesetzes 1955, den Beitritt Österreichs zur UNO im selben Jahr oder den vor 10 Jahren erfolgtem Beitritt zur Europäischen Union. Auch der Beitritt zur EU erfolgte letztlich unter dem Aspekt der Sicherheit; ich denke, dies sollten wir nicht vergessen.

Alle diese Daten sind im Bewusstsein eines Großteils der Bevölkerung verankert. Nicht so bewusst ist jedoch, dass Österreich seit 1995 auch an der von der NATO initiierten Partnerschaft für den Frieden (kurz: PfP) teilnimmt. Die Partnerschaft für den Frieden hat sich in der Zwischenzeit für Europa und auch für Österreich in verschiedener Hinsicht als ein wichtiger Pfeiler der Sicherheit entwickelt.

Ich bin daher froh, heute hier im Hohen Haus mit Ihnen die Rolle der NATO und der Partnerschaft für den Frieden allgemein sowie deren Bedeutung für Österreich speziell zu diskutieren. Und ich möchte den Veranstaltern dieses Symposiums an dieser Stelle ausdrücklich für diese Gelegenheit danken.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Bevor ich mich der Partnerschaft für den Frieden im Allgemeinen und der österreichischen Beteiligung an dieser im Besonderen widme, gestatten Sie mir einige **grundlegende Überlegungen**:

Wir sind heute mit anderen Bedrohungen und Gefährdungen konfrontiert als in der Periode des Kalten Krieges. Heute stehen einander nicht mehr zwei Militärbündnisse gegenüber; die Gefahren und die Akteure sind wesentlich vielfältiger, unberechenbarer und diffuser geworden.

Ich erwähne nur die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die transnationale organisierte Kriminalität, Kriege und Krisen innerhalb von Staaten sowie letztlich und vor allem den internationalen Terrorismus.

Es zeigt sich, dass die traditionellen Grenzen zwischen „äußerer“ und „innerer“ Sicherheit zusehends verschwimmen und dass diese neuen Bedrohungen ohne lange Vorwarnzeiten auftreten können. Dies bedeutet nun zum einen, dass wir wesentlich schneller als bisher handlungsfähig sein müssen, dass wir proaktiv agieren müssen und nicht mehr nur reagieren dürfen. Zum anderen bedeutet dies, dass die Bewältigung von Bedrohungen auch im geografischen Vorfeld stattfinden muss und nicht mehr auf das eigene Territorium beschränkt bleiben kann.

Die Staaten Europas haben erkannt, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen nicht mehr autonom, sondern nur im europäischen Verbund erfolgen kann. Ich habe es schon bei anderen Gelegenheiten betont und möchte es auch hier tun: Die Kooperation der Staaten ist der Schlüssel zur Bewältigung der neuen Bedrohungen und Herausforderungen.

Diese Kooperation betrifft jedoch nicht nur die Zusammenarbeit von Staaten, sondern auch die Zusammenarbeit von verschiedenen Institutionen und Organisationen. Auch hier zeigt sich, dass keine Organisation alleine diese Bedrohungen mehr bewältigen kann.

Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass es in diesem Zusammenhang auch wichtig ist zu verstehen, dass internationale Institutionen wie die NATO oder auch die EU keine Selbstverständlichkeit sind. Sie hängen vom Engagement und vom Einsatz ihrer Mitgliedsstaaten ab, und natürlich auch von dem ihrer Partnerstaaten. Um es auf den Punkt zu bringen: Eine Organisation, eine Institution ist und kann nur so stark und so handlungsfähig sein, wie die einzelnen Mitgliedstaaten dies wollen.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Unter diesen genannten Voraussetzungen und Bedingungen ist auch die **Einbettung Österreichs im internationalen und europäischen Sicherheitssystem** zu sehen.

Unser Schwergewicht liegt eindeutig in einer aktiven Teilnahme an der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der ESVP, wie es auch in der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin aus dem Jahr 2001 festgelegt worden ist. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und die ESVP eröffnen gerade kleineren Ländern wie Österreich ein breites Beteiligungsfeld und bieten bessere Mitgestaltungschancen als andere Organisationen. Wir unterstützen daher alle Anstrengungen der EU, sich zu einem sicherheitspolitisch global agierenden Akteur zu entwickeln, der auch Verantwortung für Sicherheit und Stabilität übernimmt.

Trotz dieser Orientierung an der ESVP sehen wir aber auch ganz klar die besondere Rolle, die andere internationale Organisationen wie die NATO für die Sicherheit Europas einnehmen. Die NATO war nicht nur in Zeiten des Kalten Krieges eine Stütze der Stabilität und der Sicherheit, sondern sie wird es auch in Zukunft sein, denn zum einen gewährleistet die NATO Sicherheit durch ihre Existenz, zum anderen passt sie sich in einem kontinuierlichen Transformationsprozess den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen permanent an.

Diese besondere Bedeutung der NATO wird meiner Ansicht nach sehr deutlich, wenn man ihr zunehmendes Engagement im internationalen Krisenmanagement betrachtet.

Gestatten Sie mir, kurz darauf einzugehen:

Nach dem Abschluss des Dayton-Abkommens wurde Ende 1995 eine 60.000 Mann starke Truppe nach **Bosnien** entsendet, die die Aufgabe hatte, die Implementierung dieses Abkommens zu überwachen. Österreich – gerade erst seit einem knappen Jahr Mitglied der Partnerschaft für den Frieden – beteiligte sich mit einem Transport- und Nachschubelement an dieser Operation. Wie bekannt verblieb die NATO bis Ende 2004 in Bosnien, bis sie diese Mission an die EU (Stichwort: Operation

ALTHEA) abgab. Ich möchte an dieser Stelle besonders betonen, dass dies ein gutes Beispiel für die überaus erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen NATO und EU ist.

Der zurzeit umfangreichste Einsatz der NATO findet im **Kosovo** statt. Ziele dieses seit Sommer 1999 laufenden friedensunterstützenden Einsatzes sind die Schaffung einer sicheren Lebensumwelt für die dortige Bevölkerung und die Unterstützung der UN-Operation UNMIK, aber auch die Überwachung des mit der Republik Jugoslawien abgeschlossenen Militärisch-technischen Übereinkommens, das sowohl den Rückzug der jugoslawischen Kräfte als auch die Demilitarisierung und Transformation der ehemaligen UCK zum Inhalt hat.

Der Einsatz von KFOR ermöglichte die Rückkehr von beinahe 800.000 Flüchtlingen. In einer längerfristigen Perspektive verweisen die Entwicklungen im Kosovo auch auf einen vorhandenen Fortschritt.

Derzeit dienen unter dem Kommando der NATO rund 17.000 Soldaten aus 36 Nationen, die auch im Jahr 2005 durch Patrouillen, Checkpoints, Suchaktionen und Unterstützung der lokalen und internationalen Sicherheitsbehörden zur Sicherheit im Lande beitragen.

Der zweite größere Einsatz der Allianz läuft zurzeit in **Afghanistan**, er ist so wie der Einsatz im Kosovo vom UN-Sicherheitsrat mandatiert. Im Wesentlichen bestehen die Aufgaben der International Security Assistance Force (ISAF) in der Schaffung eines sicheren Umfeldes zur Unterstützung der afghanischen Übergangsregierung in einem eng begrenzten Verantwortungsbereich. Damit sollen diese und auch das Personal der Vereinten Nationen in die Lage versetzt werden, sichere Strukturen aufzubauen, bewaffnete Gruppen aufzulösen, die Kämpfer wieder in das zivile Leben zu integrieren sowie die Produktion und den Handel von Drogen einzudämmen. Anfang 2005 dienen 8.000 Soldaten aus 47 Nationen in Afghanistan, darunter auch österreichische Offiziere.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Neun Jahre nach dem ersten friedensunterstützenden Einsatz ist die Allianz auf diesem Gebiete nach wie vor gefordert. Das zeigen die erwähnten Langzeitmissionen Kosovo und Afghanistan, die Unterstützung der EU-geführten Operation ALTHEA und erste Überlegungen zu einer Operation zur Unterstützung eines dauerhaften Abkommens im Nahen Osten zwischen Israel und den Palästinensern.

Die militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten sowie die über Jahrzehnte eingespielte Zusammenarbeit unterschiedlicher Länder machen die Allianz neben ihrer Dominanz in der transatlantischen Sicherheitsarchitektur zum unentbehrlichen Faktor auf dem Felde der Friedensoperationen. Und genau dies ist meiner Ansicht nach auch der Grund, warum ausgerechnet sie zu dieser neuen Art von Einsätzen herangezogen wurde und wird.

Weder die UNO noch die OSZE besitzen diese Fähigkeiten; und auch die Europäische Union, die soeben mit dem Aufbau von eigenständigen Mechanismen und Kräften zur Krisenbewältigung befasst ist, kann erst in kleinerem Rahmen und zumeist nur unter Abstützung auf NATO-Mittel und NATO-Fähigkeiten für derartige Operationen in Betracht kommen. Zur Überlassung dieser für EU-geführte Krisenmanagementoperationen nötigen Kapazitäten der NATO schloss die Allianz das so genannte „Berlin plus“-Abkommen, das auch bei der aktuellen Operation ALTHEA zur Anwendung kommt.

Eine realistische Lageeinschätzung ergibt, dass die angestrebte volle und autonome Handlungsfähigkeit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die nächste Zukunft noch nicht im nötigen Umfang gewährleistet werden kann und diese folglich auf die Kooperation mit der NATO angewiesen sein wird.

Meine Damen und Herren

Hohes Haus!

Neben diesen ganz konkreten Fähigkeiten sehe ich die NATO auch weiterhin als **Konsultationsforum zwischen Nordamerika und den europäischen Staaten**. Wie die letzten Entwicklungen zeigen, nimmt die NATO als „transatlantischer Brückenkopf“ auch eine entscheidende Rolle in den Bestrebungen ein, die Beziehungen zwischen den USA und Europa zu verbessern. Daneben ist sie auch ein Garant für das weitere amerikanische Engagement im europäischen Raum und somit eine wichtige Voraussetzung für die Konsolidierung und Absicherung der europäischen „Region der Stabilität“.

In diesem Sinne wird Österreich in Zukunft wie auch schon bisher eine komplementäre und enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO unterstützen und seine eigenen Beziehungen zum transatlantischen Bündnis konsequent weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Nun im **konkreten zur Partnerschaft für den Frieden** und der **österreichischen Beteiligung** an dieser:

Die Partnerschaft für den Frieden wurde im Jänner 1994 ins Leben gerufen und hat sich seither äußerst erfolgreich entwickelt.

Die **Partnerschaft für den Frieden ist als Antwort der NATO auf die neue völlig geänderte strategische Situation nach dem Ende des Kalten Krieges zu sehen**. Namhafte Wissenschaftler und Politiker argumentierten, dass das Ende des Kalten Krieges auch das Ende der NATO bedeuten würde, da sie ganz einfach nicht mehr gebraucht würde. Auch wenn den Bündnismitgliedern selbst bewußt war, dass eine direkte militärische Bedrohung, nach der sie sich nahezu vier Jahrzehnte lang ausgerichtet hatte, nicht mehr gegeben war, war ihnen zur gleichen Zeit aber auch bewußt, dass die Existenz der Organisation nach wie vor notwendig sei. Die NATO

begann in dieser Phase sich wieder verstärkt ihren politischen Aspekten zu widmen. Dies wird insbesondere deutlich in ihrer Ausweitung und Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa, der „Europäisierung“ der Allianz und auch der Bereitschaft, als Mandatnehmer der UNO oder auch der OSZE aufzutreten. Ziel war – so findet man es auch im Gründungsdokument zum Nordatlantischen Kooperationsrat – eine dauerhafte Friedensordnung in Europa.

Ein direktes Ergebnis dieser Neuorientierung war die Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrates (dem nunmehrigen Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat, seit 1997), der vor allem als Forum des Dialogs und der Zusammenarbeit in politischen und Sicherheitsfragen sowie dem Aufbau einer echten Partnerschaft zwischen den Staaten der NATO und denjenigen Mittel- und Osteuropas aufzubauen, gedacht war. Während dieser Partnerschaftsrat als reines Konsultationsforum aber für viele Mittel- und Osteuropäische Staaten zunehmend als unbefriedigend erschien, war auch die NATO selbst in ihrer Haltung hinsichtlich der aufgeworfenen Frage einer Erweiterung nach Osten gespalten: Auf der einen Seite verfolgte die damalige US-Regierung unter Clinton eine Politik des „Rußland zuerst“, auf der anderen Seite favorisierten die meisten westeuropäischen Staaten eine rasche Aufnahme der Mittel- und Osteuropäischen Länder. 1993 wurde erstmals der Vorschlag für eine „Partnerschaft für den Frieden“ formuliert, mit dem auf die Frage der Erweiterung der NATO eine Antwort gefunden wurde.

1994 hat die NATO schließlich allen KSZE (jetzt OSZE)- Staaten die Teilnahme an einer „Partnerschaft für den Frieden“ angeboten“ und diese gleichzeitig aufgefordert, mit dem Bündnis gemeinsam zusammenzuarbeiten. Es handelt sich hierbei primär um eine politische Initiative der NATO und es wurde auch von Seiten der NATO vermieden, eine explizite Garantie für eine spätere Mitgliedschaft in der NATO selbst auszusprechen und es wurden auch keine konkreten Sicherheitsversprechen abgegeben.

Wichtig war in diesem Zusammenhang, dass diese Einladung auch an Staaten, die im Kalten Krieg keinem der beiden Bündnisse angehört hatten, ausgesprochen wurde und diese somit auch erstmals mit der NATO eine konkrete Partnerschaft eingehen konnten.

Somit war es auch für Österreich möglich, sich an dieser Partnerschaft für den Frieden“ zu beteiligen. Österreich hat in dem am 10. Februar 1995 unterzeichneten Rahmendokument klar die Absicht bekundet, an der Verwirklichung der Ziele der PfP hinzuarbeiten.

Ziele und letztlich Erfolg der Partnerschaft für den Frieden liegen einerseits in ihrer Bedeutung als Forum für Konsultation und Zusammenarbeit und andererseits im individuellen Angebot zur Mitarbeit für jeden Partner, der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Partnern, der raschen und praxisorientierten Kooperation zwischen den Streitkräften und der Offenheit für alle Staaten des transatlantischen Raums.

Wesentliche Faktoren und Prioritäten für die Partnerschaft sind unter anderem die Reform und Modernisierung der Verteidigungsinstitutionen und des Sicherheitssektors allgemein sowie die Förderung von Transparenz und Demokratie. Dies sind wichtige Elemente der Förderung von Stabilität und Sicherheit im Allgemeinen und – lassen Sie mich dies besonders betonen – des äußeren Sicherheitsgürtels der EU im Speziellen.

Österreich beteiligt sich seit dem 10. Februar 1995 an der Partnerschaft für den Frieden. Worin liegt nun die **besondere Bedeutung** der Partnerschaft **für Österreich?**

Grundsätzlich sehe ich – wie auch bereits im Ende Mai 1995 der Allianz überreichten Einführungsdokument dargelegt ist – ihre Bedeutung

- in ihrem entscheidenden Beitrag zur Förderung der Stabilität in Zentral- und Osteuropa, also in unmittelbarer Nachbarschaft, was sich gut mit unserer Schwerpunktsetzung auf dem Balkan trifft,
- im Aufbau eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems sowie
- in der Zusammenarbeit bzw. in der Verbesserung der Zusammenarbeitsfähigkeit der Streitkräfte.

In dieser Hinsicht nutzen wir die Partnerschaft für den Frieden als Möglichkeit, um durch die vielfältig gebotenen Mechanismen und Programme die eigenen Streitkräfte

in enger Abstimmung mit den Staaten der NATO weiterzuentwickeln. Ich werde darauf noch näher zu sprechen kommen.

Neben den vorhin genannten Schwerpunkten liegen die Interessen Österreichs an der Partnerschaft für den Frieden weiterhin in einem verbesserten Austausch von Informationen über die Weiterentwicklung der Streitkräfte und deren Entwicklung in den NATO-Strukturen.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Lassen Sie mich kurz auf das Thema **„Zusammenarbeitsfähigkeit der Streitkräfte“** (kurz: Interoperabilität) eingehen:

Neben der Möglichkeit der Teilnahme an friedensunterstützenden Operationen und der Mitwirkung in NATO-Stäben bedeutet die Partnerschaft für den Frieden auf militärpolitischem Gebiet, dass Österreich ein das Instrument besitzt, die Interoperabilität des österreichischen Bundesheeres kontinuierlich zu steigern.

Daher empfiehlt auch die Bundesheer-Reformkommission in ihrem Endbericht – ich zitiere – *„eine enge Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden im Interesse der Herstellung der Interoperabilität des Bundesheeres zur Erreichung jener Standards, die eine Voraussetzung zur Beteiligung an UN- oder OSZE-mandatierten Einsätzen und am EU- Krisenmanagement darstellen“*.

Diese Förderung der Zusammenarbeitsfähigkeit ist auch unter dem Aspekt zu sehen, dass die von der EU geschaffenen „Battle Groups“, an denen sich Österreich wie bekannt beteiligt, die NATO-Interoperabilitätskriterien annehmen.

Im frühzeitigen Erkennen der Wichtigkeit der Herstellung dieser Zusammenarbeitsfähigkeit übernahm Österreich bereits im Jahr 2000 45 Partnerschaftsziele und war 2001 Gastgeber für eine PfP-NATO-Übung mit Volltruppe unter der Bezeichnung „COOPERATIVE BEST EFFORT 01“. 2001 meldeten wir erstmals Kräfte in den „Pool of Forces“ ein. Mit dieser Einmeldung wird

die Möglichkeit eröffnet, anhand des „Operationellen Fähigkeitskonzepts“ die Zusammenarbeitsfähigkeit österreichischer Kräfte mit denjenigen der NATO konkret zu bewerten, was auch rasch umgesetzt wird. Österreich nimmt mittlerweile eine Vorreiter- und Führungsrolle bei diesem „Operationellen Fähigkeitskonzept“ ein, die auch von den Alliierten und Partnernationen anerkannt wird.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Wie meine Ausführungen eben gezeigt haben, ist **Österreich nicht nur ein Profiteur der Partnerschaft für den Frieden, sondern bringt sich auch aktiv ein.** Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: Die Mitwirkung des österreichischen Bundesheeres an der Partnerschaft erstreckt sich über das gesamte Spektrum der angebotenen Möglichkeiten. Seit 1995 haben bereits 10.000 österreichische Soldaten an den verschiedensten Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft teilgenommen – einschließlich Truppenstellung für die von der NATO geführten Operationen.

In dem bereits angesprochenen Einführungsdokument vom Mai 1995 hat Österreich seine Absicht bekundet, die Ziele der Partnerschaft für den Frieden aktiv zu unterstützen. Es wurde herausgestrichen, dass die Kooperation mit der NATO und den PfP-Staaten insbesondere die Bereiche Peacekeeping-Operationen, humanitäre Einsätze und Missionen bei Katastrophen sowie Rettungs- und Hilfseinsätze umfasst.

1997 wurden dann im Rahmen der so genannten “Erweiterten Partnerschaft für den Frieden” Vorkehrungen getroffen, um Interoperabilität für das gesamte Spektrum von Peace-Support-Operationen zu steigern. Diese wurden mit den so genannten Petersberg-Aufgaben der EU abgestimmt.

Auf der **politischen Ebene konkretisiert sich die Teilnahme vor allem in vier Bereichen**, nämlich

- bei der Annahme des Individuellen Partnerschaftsprogramms (IPP),
- beim Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP),

- beim NATO-Sicherheitsabkommen und beim 1998 in Kraft getretenen Abkommen über das Truppenstatut sowie
- im neu geschaffenen Euro-atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR – EAPC), im politischen Konsultationsforum der Partnerschaft für den Frieden, in dem eine Vielzahl von politischen und sicherheitspolitisch relevanten Themen diskutiert werden. Österreich nimmt seit 1997 an diesem Konsultationsforum teil.

Seit 1999 beteiligt sich Österreich auch am **PfP-Consortium** of Defence Academies and Security Studies Institutes. Ziel dieses Konsortiums ist die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit und der Ausbildung durch vermehrte Kooperation. In diesem Konsortium leitet Österreich die so genannte “Regional Stability Track“ mit Expertengruppen, die sich insbesondere auf das Thema regionale Stabilität in Südost-Europa, im südlichen Kaukasus sowie in Zentralasien konzentrieren.¹

Ebenfalls seit 1999 trägt Österreich aktiv zum **Bereich Training und Übung im Rahmen der Partnerschaft** bei. Das “Austrian International Peace Support Command“ vermittelt überaus profunde Kenntnisse und ist auch offiziell als “PfP-Training Centre“ anerkannt.

Aktiv beteiligt sich Österreich auch an der 1999 ins Leben gerufenen so genannten “**Trust Fund Policy**“ der NATO. Primäres Ziel dieser Projekte ist die Zerstörung von Anti-Personen-Minen, Blindgängern sowie Klein- und Leichtwaffen auf dem Balkan und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Diese Projekte, von denen zurzeit sieben laufen, haben sich als sehr erfolgreich erwiesen und stellen einen wesentlichen Faktor der Entwicklung in diesen Staaten dar. Im Sinne der Schwergewichtssetzung auf dem Balkan hat Österreich gemeinsam mit Kanada dabei die Funktion einer “Lead-Nation“ bei einem solchen Projekt. Ziel dieses Projektes ist die Zerstörung von rund 1,3 Millionen Anti-Personen-Minen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens.

¹ Die Ziele dieser Expertengruppen sind unter anderem:

- Die Analyse der Situation in den betreffenden Regionen und damit zusammenhängend auch die Förderung der Faktoren, die mit Hilfe internationaler Kooperation zu einem Mehr an Stabilität beitragen können. Dies beinhaltet auch die Zusammenarbeit mit Institutionen, die entweder direkt in der betreffenden Region beheimatet sind oder sich in mittelbarer Nähe befinden.
- Eine wesentliche Aufgabe ist weiteres darin zu sehen, Netzwerke im Bereich der Sicherheitspolitik aufzubauen und auf diese Weise eine friedliche und auch stabile Gemeinschaft in der betreffenden Region zu schaffen.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Noch einige Worte zur **Beteiligung Österreichs an Friedenseinsätzen im Rahmen von NATO und Partnerschaft für den Frieden**, die ich vorhin schon kurz erwähnt habe:

Bereits seit 1996 beteiligte sich das österreichische Bundesheer am von der NATO geführten Friedenseinsatz in Bosnien-Herzegowina. Zurzeit sind hier rund 150 österreichische Soldaten im Einsatz.

Auch am von der NATO geführten Friedenseinsatz im Kosovo beteiligt sich das österreichische Bundesheer nach wie vor mit mehr als 500 Soldaten, das Herzstück ist das gepanzerte Infanteriebataillon „Task Force DULJE“.

Lassen Sie mich betonen, dass diese 500 Soldaten beinahe die Hälfte aller im Ausland eingesetzten Kräfte des österreichischen Bundesheeres und somit ein aktiver Beleg für die Einschätzung der Balkanregion als Schwerpunkt sicherheitspolitischer Anstrengungen sind.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Für die Politik notwendig ist es auch, **in die Zukunft zu blicken**, gerade wenn es um so ein wichtiges Thema wie Sicherheit geht.

Die NATO und auch die Partnerschaft für den Frieden stehen vor großen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Diese erfordern ein ständiges Anpassen an die neue Lage, kurzfristiges Reagieren, aber auch ein vorausschauendes Agieren.

Zu beachten ist auch, dass sich die Mitgliedstaaten der NATO bzw. die an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten nach den letzten Erweiterungsrounden voneinander stärker unterscheiden, dass also die Heterogenität

größer geworden ist. Durch die Aufnahme von sieben Staaten in die NATO umfasst die Gruppe der PfP-Staaten nunmehr 20 Nationen und damit mehr Alliierte als Partner. Diese Heterogenität spiegelt sich nicht nur in den unterschiedlichen Fähigkeiten und Kapazitäten sowie in der jeweiligen geografischen Lage der Staaten wider, sondern auch in den verschiedenen Interessenslagen und Ambitionen der Staaten – dies vor allem unter dem Aspekt einer verstärkten Berücksichtigung der eigenen Vorstellungen einer zukünftigen Weiterentwicklung von NATO und Partnerschaft.

Die NATO und die Partnerschaft haben sich aber auch hier als flexibel erwiesen und als Antwort im Zuge des Gipfels von Istanbul auf diese Heterogenität im Bereich der Partnerschaft sowohl mit „Regionalisierung“ als auch mit „Individualisierung“ reagiert.

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass die Partnerschaft für den Frieden in Zukunft zum einen politischer wird, d.h. sie wird dazu genutzt werden, um die politisch-militärischen Beziehungen zu Nordafrika sowie zum Nahen und Mittleren Osten zu festigen. Zentralasien ist bereits inkludiert, sodass hier wohl mit einem Ausbau der Bemühungen zu rechnen ist. Es ist also mit einer stärkeren Einbindung der Partnerländer aus den Schwergewichtsregionen in die Euro-atlantischen Strukturen insbesondere durch die Unterstützung von Reformen des Sicherheitssektors zu rechnen.

Und zum anderen ist auch vorstellbar, dass die PfP ihre militärische Dimension ausbauen wird, d.h. die neuen Aufgaben werden konsequent auf ihre Bedeutung für die Streitkräfteentwicklung ausgerichtet. Das Spektrum der Partnerschaftsziele wird erweitert bzw. inhaltlich vertieft, und der Planungs- und Überprüfungsprozess PARP wird in seinem "Biss" gestärkt, indem die Staaten stärker als in der Vergangenheit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgefordert werden.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Auch wenn wir heute ein äußerst erfolgreiches Projekt feiern, so muss doch erwähnt werden, dass die Entwicklung beider Sicherheitssystematiken auch die Gefahr von Duplizierungen und/ oder Konkurrenz in sich birgt.

Diese Aspekte können wiederum zu Ressourcenvergeudung, Zeitverzögerung und anderen Begleitumständen führen, die vor allem bei Krisenentwicklungen die Handlungsfähigkeit maßgeblich einschränken.

Die einzelnen Staaten sind jedoch aufgerufen – und ich appelliere an Sie alle – solche Tendenzen bereits in ihrer Entwicklung einzudämmen.

Und unsere Bürger erwarten sich eine Sicherheitsarchitektur, die umfassend ist und ohne Doppelgleisigkeiten auskommt.

Dies ist natürlich auch unter einem finanziellen Blickwinkel zu betrachten, denn es versteht niemand, dass kostenintensive Strukturen entwickelt werden, wenn durch sinnvolle Zusammenarbeit die einzelnen Budgets entlastet und in der Effektivität große Synergieeffekte erarbeitet werden können.

Denken Sie daran, dass wir dies unseren Bürgern schuldig sind und hierbei die Ziellinie weit nach vorne legen müssen.

Ich unterstütze daher jede Maßnahme, die in Europa sowohl im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden als auch im Rahmen der ESVP die Zusammenarbeit in diesem Bereich fördert und für die Zukunft ein brauchbares Element der Sicherheitserzeugung schafft.

Meine Damen und Herren!

Hohes Haus!

Lassen Sie mich zum Schluss nochmals betonen, dass Sicherheit nur mehr im Verbund gewährleistet und verbessert werden kann; ja Kooperation ist der Schlüssel zur Sicherheit.

Die Herausforderungen sind nur dann erfolgreich zu meistern, wenn sich die Internationale Gemeinschaft ihnen gemeinsam, vorbeugend und umfassend stellt – unabhängig von den immer wiederkehrenden Zerwürfnissen, die eine lebendige und sich weiterentwickelnde Gemeinschaft ja auszeichnen.

Die Partnerschaft für den Frieden ist nun schon seit zehn Jahren ein lebendiges Beispiel für diesen Ansatz. Und ich bin der Ansicht, dass es damals, vor zehn Jahren, eine gute und richtige Entscheidung war, sich an dieser Partnerschaft zu beteiligen. An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei Dr. Werner Fasslabend bedanken, der eine der treibenden Kräfte für diesen Entschluss war. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir unser aktives Engagement in der Partnerschaft für den Frieden nicht nur beibehalten, sondern auch weiter ausbauen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.